

Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2020

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

TOP:

- 6.1 19/SVV/1100** Vereinbarung von Prioritäten für die Ausschuss für Stadtentwicklung, Verbindliche Bauleitplanung, hier: Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes Prioritätenfestlegung 2020-2021
Zustimmung 6:0:2 mit geänderter Anlage 3 – sh. Anlage zu den Stellungnahmen
Ortsbeirat Groß Glienicke
einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:

...

Der Ortsbeirat lehnt die Rückstufung des Bebauungsplans Nr. 7 „Innenbereich, 1. Änderung und Ergänzung, TB An der Sporthalle, (OT Groß Glienicke)“ in die Priorität 2 Q ab.

Ortsbeirat Golm
einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:

...

Der B-Plan 147 - „Anbindung Golm/Golmer Chaussee“ soll in die Priorität 1 hochgestuft werden.

Ortsbeirat Grube
einstimmige Zustimmung mit folgender Änderung:

...

Die weitere Beibehaltung/ Einstufung des B-Plans 158 „Am Küssel“ in der Priorität 1Q für die Jahre 2020/2021.

Ortsbeirat Marquardt
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Fahrland
Zustimmung 7:0:1

Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Satzkorn
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Eiche
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung:

...

In Anlage 3 ist der B-Plan Nr. 147 Anbindung Golm/Golmer Chaussee von Priorität 2 I in Priorität 1 I umzustellen.
Hilfsweise ist ein anderer B-Plan von Priorität 1 I in 2 I umzustellen, z. B. die Bepflanzung Pirscheide oder ein anderer noch eher geeigneter Plan.

Ortsbeirat Uetz-Paaren
28.01.20

- 6.2 19/SVV/1174** Strategischer Eckwertebeschluss für Ausschuss für Ordnung und die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024 Sicherheit
Zustimmung 6:0:2
- + diverse ÄA, EA in SVV am 04.12.19 in alle Ausschüsse überwiesen**
- Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
zur Kenntnis genommen
- Rechnungsprüfungsausschuss
zur Kenntnis genommen
- Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
Äa der Fraktion AfD zurückgezogen
- Ea der Fraktion DIE aNDERE
mehrheitlich abgelehnt
- Äa der Fraktion der Freien Demokraten
mehrheitlich abgelehnt
- Äa der Fraktionen SPD, Bündnis 90/
Die Grünen, Die LINKE Zustimmung
6:3:0
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
Äa der Fraktion AfD abgelehnt 1:7:1
- Äa der Fraktion der Freien Demokraten
abgelehnt 0:6:3
- Ea der Fraktion DIE aNDERE
abgelehnt 3:5:1
- Ea der Fraktion CDU – Ergänzung
Ziffer 2 einstimmig zugestimmt und
die übrigen Ergänzungen abgelehnt
- Äa der Fraktionen SPD, Bündnis 90/
Die Grünen, Die LINKE: Zustimmung
6:1:2 mit folgenden Änderungen:

1. Die aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln als Finanzrahmen abgeleiteten Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie für die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024 (siehe Anlage, Tabelle 2). Leitgedanke bei der Ableitung ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam.
2. Es gelten die folgenden ~~fünf~~**sechs** strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:
 - Die Landeshauptstadt Potsdam als ~~attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister~~**bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin**
 - ~~Umweltgerechte Mobilität~~**Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität**
 - Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, **sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen**
 - Moderne Bildungsinfrastruktur
 - Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
 - **Attraktivierung der Landeshauptstadt Potsdam als Wirtschaftsstandort**
3. Unter Einhaltung dieser finanziellen und strategischen Vorgaben wird dem Investitionshaushalt 2020/2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2024 jeweils jährlich ein Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio. EUR (kumuliert: 200 Mio. EUR) zur Verfügung gestellt.

3a

Diese erhöhten, teilweise nicht gebundenen Eigenmittel sollen insbesondere folgenden investiven Schwerpunktsetzungen in den Jahren von 2020 bis 2024 dienen:

- **Aktive Liegenschaftsstrategien / Grundstücksankäufe**
- **Öffentlicher Personennahverkehr**
- **Radwege / Radverkehr**
- **IT und Schul-IT**
- **Bildungsinfrastruktur / Schulen, Schulsport, Schulausstattung**
- **Schaffung guter Arbeitsbedingungen (u.a. Verwaltungsgebäude)**
- **Stadtentwicklungsmaßnahmen Potsdamer Süden**

3b

Der Klimaschutz ist ein herausgehobenes und sämtliche städtische Aufgaben umfassendes Ziel. Daher erfolgt im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2020/2021 eine gesonderte Darstellung und Berichterstattung, welche finanziellen Ressourcen in den einzelnen Produkten und in den Investitionsmaßnahmen der Geschäftsbereiche für die Erreichung dieses Zieles vorgesehen sind.

4. ~~Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichs-Budgets vorgenommen werden.~~

Haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichsbudgets können im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung vorgenommen werden. Die Pflichtleistungen sind dabei zu sichern. Auch Mittel für freiwillige Leistungen

sollen möglichst mit ansteigenden Bedarfen entsprechend dem Bevölkerungswachstum erhöht werden.

5. Zur Absicherung und Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten adäquat auszuschöpfen.
6. Etwaige Veränderungen bei nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
7. Die Anstrengungen zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung (siehe Beschluss der StVV vom 07.03.2018 DS 17/SVV/0953) werden mit dem Schwerpunkt Aufgabenkritik fortgeführt.

Ausschuss für Kultur

EA der Fraktion DIE aNDERE
abgelehnt 1:1:4

Äa der Fraktion der Freien
Demokraten abgelehnt 1:6:0

Äa der Fraktion AfD abgelehnt 1:6:0

Zustimmung 5:0:2 zum Äa der
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die
Grünen und DIE LINKE gleichlautend
wie vom Ausschuss für Klima, Umwelt
und Mobilität

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes

zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Bildung und Sport

EA der Fraktion DIE aNDERE:
Zustimmung 5:0:1 zur Ergänzung
Punkt 2 a: ... **und die städtischen
Eigenbetriebe ...**
Ablehnung 0:4:2 der übrigen
Ergänzungsvorschläge

Äa der Fraktion der Freien
Demokraten abgelehnt 1:5:1

Äa der Fraktion AfD zurückgezogen

Zustimmung 5:0:2 zum Äa der
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die
Grünen und DIE LINKE

Daraus ergibt sich folgender
Beschlussvorschlag:

1. Die aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln als Finanzrahmen abgeleiteten Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie für die

mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024 (siehe Anlage, Tabelle 2). Leitgedanke bei der Ableitung ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam.

2. Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:
 - Die Landeshauptstadt Potsdam **und die städtischen Eigenbetriebe als bürgernahe und attraktive Arbeitgeber und Dienstleister**
 - **Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität**
 - **Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen**
 - **Moderne Bildungsinfrastruktur**
 - **Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam**
3. Unter Einhaltung dieser finanziellen und strategischen Vorgaben wird dem Investitionshaushalt 2020/2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2024 jeweils jährlich ein Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio. EUR (kumuliert: 200 Mio. EUR) zur Verfügung gestellt.

3a

Diese erhöhten, teilweise nicht gebundenen Eigenmittel sollen insbesondere folgenden investiven Schwerpunktsetzungen in den Jahren von 2020 bis 2024 dienen:

- **Aktive Liegenschaftsstrategien / Grundstücksankäufe**
- **Öffentlicher Personennahverkehr**
- **Radwege / Radverkehr**
- **IT und Schul-IT**
- **Bildungsinfrastruktur / Schulen, Schulsport, Schulausstattung**
- **Schaffung guter Arbeitsbedingungen (u.a. Verwaltungsgebäude)**
- **Stadtentwicklungsmaßnahmen Potsdamer Süden**

3b

Der Klimaschutz ist ein herausgehobenes und sämtliche städtische Aufgaben umfassendes Ziel. Daher erfolgt im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2020/2021 eine gesonderte Darstellung und Berichterstattung, welche finanziellen Ressourcen in den einzelnen Produkten und in den Investitionsmaßnahmen der Geschäftsbereiche für die Erreichung dieses Zieles vorgesehen sind.

4. ~~Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichsbudgets vorgenommen werden.~~
Haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichsbudgets können im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung vorgenommen werden. Die Pflichtleistungen sind dabei zu sichern. Auch Mittel für freiwillige Leistungen sollen möglichst mit ansteigenden Bedarfen entsprechend dem Bevölkerungswachstum erhöht werden.
5. Zur Absicherung und Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten adäquat auszuschöpfen.
6. Etwaige Veränderungen bei nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
7. Die Anstrengungen zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung (siehe Beschluss der StVV vom 07.03.2018 DS 17/SVV/0953) werden mit dem Schwerpunkt Aufgabenkritik fortgeführt.

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 6:2:1 zum Äa der
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die
Grünen und DIE LINKE

Jugendhilfeausschuss

Zustimmung 11:0:1 (ungeändert)

Hauptausschuss

Zustimmung 8:5:2 zum Äa der
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die
Grünen und DIE LINKE und teilweise
zum Äa Fraktion CDU zu der Ziffer 2,
Ergänzung des Themenfeldes:
„Attraktivierung der Landeshauptstadt
Potsdam als Wirtschaftsstandort“ –
Beschlusstext wie im Ausschuss für
Klima, Umwelt und Mobilität

EA der Fraktion DIE aNDERE
abgelehnt 2:10:3

Äa der Fraktion der Freien
Demokraten abgelehnt 4:9:0

Äa der Fraktion AfD wurde vom
Antragsteller zurückgezogen

alle Ortsbeiräte:

Ortsbeirat Uetz-Paaren

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Groß Glienicke

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Satzkorn

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Golm

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Grube

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Marquardt

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Fahrland

Zustimmung 5:1:3

Ortsbeirat Eiche

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Neu Fahrland

zur Kenntnis genommen

6.3 19/SVV/1237 Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center", 2. Änderung, Teilbereich Ehemalige Wagenhalle, Abwägung, Satzungsbeschluss und Zustimmung zum geänderten städtebaulichen Vertrag Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
einstimmige Zustimmung

6.4 19/SVV/1275 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Beschluss zur Anhandgabe Grundstück ehem. Feuerwache/Langer Stall sowie Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "Neuer Markt/Plantage" Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 6:2:0
Ausschuss für Kultur
Zustimmung 5:1:1 mit folgender Ergänzung um Ziffer 3:

...

3) Der Oberbürgermeister berichtet der Stadtverordnetenversammlung nach dem ersten Jahr der Vermietung jährlich über die Vermietungssituation und über den Anteil der mietpreislich gebundenen Nutzung unter Angabe der konkreten Flächen. Diese Berichterstattung ist nach Ablauf der zwanzigjährigen Bindungsfrist fortzuführen.

Hauptausschuss
Zustimmung 12:3:2 zum EA der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD vom 15.01.20 wie folgt:

...

3) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass das durch die Glockenweiß GmbH angebotene Nutzungskonzept rechtlich gesichert wird:

- 18.434 m2 Nutzung durch Kultur- und Kreativwirtschaft, davon eine Nutzfläche von 8.073 m2 zu einer durchschnittlichen Anfangsmiete von 9,00 EUR/m2 mit Mietzinsanpassung (Erhöhung/Herabsetzung) nach gesamtdeutschem Verbraucherindex;
- Bindungsfrist und Nachweispflicht 20 Jahre ab Fertigstellung der Gebäude;
- Sicherung der Nutzungsvorgaben durch Vertragsstrafen;
- Sicherung der Nutzungsvorgaben durch dingliche Sicherung im Grundbuch;

4) Der Oberbürgermeister berichtet der Stadtverordnetenversammlung nach dem ersten Jahr der Vermietung jährlich über die Vermietungssituation und über den Anteil der mietpreislich gebundenen Nutzung unter Angabe der konkreten Flächen. Diese Berichterstattung ist nach Ablauf der zwanzigjährigen Bindungsfrist fortzuführen.

6.5 19/SVV/1279 Ergänzung der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für den Bereich "Straßenbahnverlängerung in den Potsdamer Norden" Ortsbeirat Fahrland
Zustimmung 7:1:0
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
Zustimmung 8:0:1

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung

des ländlichen Raumes
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Neu Fahrland
einstimmige Zustimmung

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Anträge der Fraktionen

TOP:

- 7.1 19/SVV/0648 Ausbau und Nutzung der Fläche am Kuhforter Damm für den Breitensport Ortsbeirat Golm
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Bildung und Sport
durch Verwaltungshandeln erledigt
- Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service
einstimmige Zustimmung
- 7.2 19/SVV/0731 Öffnung von Schulsportanlagen für unorganisierten Breitensport Ausschuss für Bildung und Sport
abgelehnt 1:7:1
- Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service
abgelehnt 1:9:0
- 7.3 19/SVV/0998 Onlinetool zur Vergabe von Potsdamer Sportstätten Ausschuss für Bildung und Sport
einstimmige Zustimmung
- Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service
Zustimmung 9:0:1
- 7.4 19/SVV/1016 Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
Zustimmung 7:1:0 zu folgender neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stand der Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts von 2015 (DS 15/SVV/0609) darzustellen und die Wirksamkeit zu bewerten. Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Mai 2020 vorgelegt werden.

In diesem Zusammenhang sollen zur Aktualisierung des Wohnungspolitischen Konzepts Vorschläge zur weiteren Begrenzung des Mietenanstiegs geprüft und entwickelt werden. Dazu gehören z.B. solche Instrumente wie Sozialerhaltungssatzung, Milieuschutzsatzung und die Förderung von genossenschaftlicher sowie gemeinschaftlicher Eigentumsbildung.

Dabei ist aufzuzeigen, welche Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen durch Bund und Land geschaffen werden müssen und wie die Stadt entsprechende Forderungen wirksam vertreten kann.

Der Oberbürgermeister wird zudem aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung, beginnend in 2020 einen zweijährigen Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung vorzulegen.

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:1:1 zur neuen Fassung
des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales, Wohnen und Inklusion

7.5 19/SVV/1032

Anwendung des § 31 (2) des
Baugesetzbuches zur Ermöglichung
des zeitnahen Trafohaus-Umbaus in
der Waldsiedlung Groß Glienicke

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes
zurückgestellt

7.6 19/SVV/1077

Mehr für die Freizeit nutzbare Zugänge
zu den Potsdamer Gewässern

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität

einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung:

+ Ea Herr Menzel vom 12.12.19

Der Oberbürgermeister wird beauftragt festzustellen, welche Stellen an Gewässern im Potsdamer Stadtgebiet grundsätzlich geeignet sind, sie z.B. mit einer Freizeitwiese oder einem Badesteg für die Bevölkerung zu erschließen. Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende des ersten Quartals 2020 darzulegen, welche Stellen identifiziert wurden, welche Möglichkeiten der Realisierung es gibt und welche ~~Hin~~**SBWL**dernisse/Gründe voraussichtlich dagegen sprechen **als nutzbare Zugänge für die Bevölkerung geeignet sind. Als Suchraum sollen die Uferflächen dienen, an denen sich kein Naturschutzgebiet, kein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet und kein Vogelschutzgebiet befindet. Diese Betrachtung soll innerhalb einer Auftragserweiterung zum INSEK im Zeitraum 2020/2021 ermöglicht werden. Dies ist personell bzw. finanziell zu untersetzen.**

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes

Zustimmung 8:1:0 zu folgenden
Ergänzungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt festzustellen, welche Stellen an **und auf** Gewässern im Potsdamer Stadtgebiet grundsätzlich geeignet sind, sie z.B. mit einer Freizeitwiese oder einem Badesteg für die Bevölkerung zu erschließen. **Bestehende legale Zugänge sind in der Prüfung der Zugänge als gesetzt zu berücksichtigen.** Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende des ersten Quartals 2020 darzulegen, welche Stellen identifiziert wurden, welche Möglichkeiten der Realisierung es gibt und welche Hindernisse/Gründe voraussichtlich dagegen sprechen.

Ortsbeirat Grube
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Marquardt
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Fahrland
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Eiche
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Groß Glienicke
einstimmige Zustimmung mit
folgender Ergänzung:

...

Dieses Thema soll auch in der Ufersitzung des Hauptausschusses aufgerufen werden.

Ortsbeirat Golm
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Satzkorn
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Uetz-Paaren
28.01.20

- 7.7 19/SVV/1079 Kein Kanalsprint im Trinkwasser Ausschuss für Bildung und Sport
Zustimmung 6:1:0 mit folgenden
+ Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Änderungen:
vom 05.11.2019

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass für Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam **ab spätestens 2021 kein Trinkwasser mehr zur Verfügung gestellt wird und kein Sponsoring durch städtische Betriebe mehr erfolgt. nicht mehr in Trinkwasser stattfinden.**

Ausschuss für Klima, Umwelt und
Mobilität
Zustimmung 6:1:2 mit folgenden
Änderungen/Ergänzungen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass für Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam künftig kein Trinkwasser mehr zur Verfügung gestellt wird und kein Sponsoring durch städtische Betriebe mehr erfolgt **(z.B. durch Gespräche mit dem Veranstalter des alljährlichen Kanalsprints), dass Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam ab 2020 nicht mehr im Trinkwasser stattfinden.**

Sofern sich dies ordnungsrechtlich und durch Gespräche mit dem Veranstalter nicht erreichen lässt und der Veranstalter auf die Nutzung von Trinkwasser für die Veranstaltung nicht verzichten will, wird der Oberbürgermeister in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass für den Kanalsprint kein Sponsoring durch städtische Betriebe mehr erfolgt.

~~Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2020 über die Umsetzung des Beschlusses informiert werden.~~

Hauptausschuss

Zustimmung (mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen) zum geänderten Beschlusstext des Ausschusses für Bildung und Sport

- 7.8 19/SVV/1112 Sanierung Montessori-Oberschule (22) in Potsdam-West Ausschuss für Bildung und Sport
Zustimmung 4:2:1 zu folgender neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Raumbedarf der Montessori-Oberschule für die bestehende Zügigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls den Raummehrbedarf im Rahmen des schon im KIS-Wirtschaftsplan befindlichen Sporthallen Um- und ausbau einzuplanen. Die finanziellen Mehrkosten sollen in der Haushaltsaufstellung aufgenommen werden.

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service

einstimmige Zustimmung zur neuen Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport

- 7.9 19/SVV/1139 Vorkaufsrecht in Potsdamer Erhaltungs- und Sanierungsgebieten Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
Zustimmung 6:1:2

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:1:0 mit folgender Terminänderung:

...
Die Stadtverordnetenversammlung soll im ~~Januar 2019~~ **März 2020** über den Sachstand der Umsetzung des Beschlusses informiert werden.

- 7.10 19/SVV/1159 Potsdamer Kunst ans Licht Ausschuss für Kultur
einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer räumlichen Erweiterung des bestehenden Baus des Potsdam Museums zu erstellen, um Schlüsselwerke der städtischen Kunstsammlung dauerhaft zu präsentieren-, **zugleich ist das Angebot der Genossenschaft „Karl Marx“ für das Potsdam Museum zu prüfen.** Die Stadtverordnetenversammlung ist im 1. Quartal 2020 über den Stand zu informieren.

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung mit folgenden Ergänzungen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer

räumlichen Erweiterung des bestehenden Baus des Potsdam Museums zu erstellen, um Schlüsselwerke der städtischen Kunstsammlung dauerhaft zu präsentieren. **Zugleich ist das Angebot der Genossenschaft Karl Marx zu prüfen.**
Die Stadtverordnetenversammlung ist im **3. Quartal 2020** über den Stand zu informieren.

- | | | | |
|------|-------------|--|---|
| 7.11 | 19/SVV/1258 | Evaluation des Wohnungspolitischen Konzepts | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u>
abgelehnt 1:4:4

<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
zurückgezogen |
| 7.12 | 19/SVV/1260 | Einführung eines Diversity- und Inklusionsmanagements in städtischen Betrieben | <u>Hauptausschuss</u>
zurückgezogen |
| 7.13 | 19/SVV/1267 | Steuerbefreiung von Jagdgebrauchshunden | <u>Ausschuss für Finanzen</u>
zurückgestellt |
| 7.14 | 19/SVV/1269 | Fahrradreparaturstationen in der Landeshauptstadt Potsdam | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
einstimmige Zustimmung |
| 7.15 | 19/SVV/1271 | Einschränkung des Verkehrs in der Eduard-Claudius-Straße | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
einstimmige Zustimmung |
| 7.16 | 19/SVV/1289 | Einsetzung einer/s Anti-Mobbing-Beauftragten | <u>Hauptausschuss</u>
abgelehnt 2:10:4 |
| 7.17 | 19/SVV/1294 | Konzept für alternative Antriebe | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
abgelehnt 1:3:4 |
| 7.18 | 19/SVV/1295 | Neubau Verwaltungscampus | <u>Hauptausschuss</u>
abgelehnt 4:10:2 |
| 7.19 | 19/SVV/1299 | Parkhauskonzept für die Potsdamer Innenstadtbereiche/anliegende Vorstädte | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
abgelehnt 2:6:0

<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Zustimmung 5:4:0 mit folgenden Änderungen: |

Die LHP wird beauftragt, **im Zusammenhang mit dem Innenstadt-Verkehrskonzept** bis zum März 2020 geeignete und sich in die Stadtteilstruktur einpassende Standorte für Parkhäuser **für Kfz und Fahrräder** zu suchen. Diese sollen zeitnah mit städtischen oder privaten Mitteln realisiert werden.

- | | | | |
|------|-------------|---|--|
| 7.20 | 19/SVV/1302 | Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur | <u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> |
|------|-------------|---|--|

		in Fahrland	einstimmige Zustimmung
			<u>Ortsbeirat Fahrland</u> einstimmige Zustimmung
			<u>Ausschuss für Stadtentwicklung,</u>
			<u>Bauen, Wirtschaft und Entwicklung</u> <u>des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
7.21	19/SVV/1305	Parkraumsituation im Zentrum Ost entlasten	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgezogen
7.22	19/SVV/1306	Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> einstimmige Zustimmung
			<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
7.23	19/SVV/1307	Erweiterung der Parkkapazitäten für Fahrräder und E-Scooter	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 1:5:2

Kurzübersicht: Festlegung der Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung**- PRIORITÄTENFESTLEGUNG 2020/2021 -**
(Stand: 21.01.2020)

Hinweis:

Neu in die jeweilige Prioritätenstufe aufgenommene Verfahren in Fettdruck

Verfügbare Personalkapazitäten: 8,90 Planstellen

jeweils 4-5 Planverfahren pro Stelle (Ansatz: max. 40 Planverfahren in Priorität 1I u. 1Q)

Priorität 1 I – Aktuelles Arbeitsprogramm/**Pläne und Satzungen zur Investitionsvorbereitung** 35 Planverfahren,
davon 19 im öffentlichen Interesse (öff.I.),
16 im Interesse Privater (priv.I.)Bebauungspläne

Nr. Titel

2	Horstweg-Süd, 7. Änderung, TB Westl. Nuthewinkel (Grundschule, i. Vorb.)	öff.I.
18	Kirchsteigfeld, 4. Änderung	priv.I.
18	Kirchsteigfeld, 5. Änderung, Teilbereich Gewerbeflächen (in Vorbereitung)	öff.I.
22	Sterncenter, 2. Änderung (ergänzende Wohnbebauung, in Vorbereitung)	priv.I.
27	Türkstraße, 3. Änderung (Grundschulstandort, in Vorbereitung)	öff.I.
36-2	Leipziger Straße/Brauhausberg, 1. Änd., TB Am Brauhausberg/Am Havelblick	öff.I.
37 A	Potsdam- Center, 2. Änderung, Teilbereich Ehemalige Wagenhalle	priv.I.
78	Französische Straße, 1. Änderung, TB Am Kanal/Französische Straße	priv.I.
	Hermannswerder (einfacher Bebauungsplan)	priv.I.
112	Campingpark Gaisberg*	priv.I.
113	Pappelallee/Reiherweg	öff.I.
119	Medienstadt	priv.I.
129	Nördlich In der Feldmark, 1.Änderung, TB Am Feldlerchenwinkel	öff.I.
132	Am Friedhof (OT Fahrland)*	priv.I.
142	Schulstandort Waldstadt-Süd	öff.I.
143	Westliche Insel Neu Fahrland	priv.I.
145	Am Humboldtring	priv.I.
149	Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)	priv.I.
155	Schulstandort Sandscholle	öff.I.
156	Gewerbeflächen Friedrichspark	öff.I.
157	Neue Mitte Golm	öff.I.
	Pirschheide	öff.I.
	Projektsteuerung Pirschheide	öff.I.
160	Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee (Prof.Dr.Helmert-Straße)	priv.I.
	Glasmeisterstraße (in Vorbereitung)	öff.I.
161	Wohnanlage Ketziner Straße (OT Fahrland)	priv.I.
163	Erich-Weinert-Straße/Wetzlarer Bahn	öff.I.
	Sportanlagen Kuhforter Damm (OT Golm) (in Vorbereitung)	öff.I.
	Schulstandort Ketziner Straße (OT Fahrland) (in Vorbereitung)	öff.I.
11A	Waldsiedlung, 1. Änderung und Ergänzung (OT Groß Glienicke)	priv.I.
19	Ehemaliger Schießplatz (OT Groß Glienicke)	öff.I.
22	Am Weinberg (OT Groß Glienicke)*	öff.I.

Vorhabenbezogene Bebauungspläne

36	Neue Halle/östliches RAW-Gelände	priv.I.
37	Nahversorgung Potsdamer Straße	priv.I.
38	Villa Francke	priv.I.
	Pflegeschool-Südspitze Hermannswerder	öff.I.

Vorrangiger Nachrücker:**BP Photovoltaikanlage (OT Marquardt)**

**Priorität 1 Q – Aktuelles Arbeitsprogramm/
Pläne und Satzungen zur städtebaulichen Qualitätssicherung**

4 Planverfahren

Bebauungspläne

Nr. Titel

- | | |
|-----|--|
| 7 | Berliner Straße/Uferseite, 2. Änderung, TB Sportplatz, |
| 153 | Karl-Marx-Straße/nördlicher Griebnitzsee |
| 162 | Kleingartenanlage Angergrund |

(o.Nr.) Am Königsweg, 15. Änderung (OT Fahrland)

Sonstige städtebauliche Planungen und Konzepte

Weiterer vorrangiger Nachrücker:

158 Am Küssel (vorbehaltlich der eigentümergeitigen Finanzierung)

insgesamt 25 Planverfahren

**Priorität 2 I – zur kurz- und mittelfristigen Wiederaufnahme anstehend
Pläne und Satzungen zur Investitionsvorbereitung**

Bebauungspläne

<u>Nr.</u>	<u>Titel</u>	
2	Horstweg-Süd, 5. Änderung, Gelände Landesverwaltung (in Vorbereitung)	öff.I.
2	Horstweg-Süd, 6. Änderung, TB Horstweg/Schlaatzweg-Nuthewiesen	priv.I.
74	Amundsenstraße/Kirschallee, verbleibende Teilbereiche	priv.I.
100-2	Geiselbergstraße/Kossätenweg (OT Golm)	priv.I.
138	Am Schlaatz	öff.I.
	Hotel- und Sportstandort südliche Zeppelinstraße	
1A	Großer Plan BA 1 A, 1. Änd.+Ergänz., TBe In der Feldmark, Am Herzberg	öff.I.
147	Anbindung Golm/Golmer Chaussee	öff.I.
	Schräger Weg	priv.I.
	Photovoltaikanlage (OT Marquardt)	öff.I.

Vorhabenbezogene Bebauungspläne

<u>Nr.</u>	<u>Titel</u>	
25	Gewerbegebiet Trebbiner Straße	priv.I.

**Priorität 2 Q – zur kurz- und mittelfristigen Wiederaufnahme anstehend
Pläne und Satzungen zur städtebaulichen Qualitätssicherung**

Bebauungspläne

<u>Nr.</u>	<u>Titel</u>
11	Bornim-Hügelweg, 3. Änderung, TB Potsdamer Straße/Rückertstraße
11	Bornim-Hügelweg, 4. Änderung
12	Bornim-Gutsstraße, 2. Änderung
37 B	Babelsberger Straße, 3. Änderung, Teilb. Gewerbegebiet GE 1
97	Großbeerenstraße/Neuendorfer Straße, 1. Änd., TB An der Großbeerenstraße.
114	Potsdamer Straße/Am Raubfang, verbleibende Teilbereiche
133	Großbeerenstraße
135	Potsdamer Straße
136	Zeppelinstraße
137	Heinrich-Mann-Allee
144	Dortustraße/Hoffbauerstraße (Stadtkanal), 1. Änderung/Ergänzung (in Vorbereit.)
150	Am Bisamkiez
7	Innenbereich, 1. Änder u. Ergänz., TB An der Sporthalle, (OT Groß Glienicke)
158	Am Küssel (OT Grube)

Vorklärung möglicher Bauleitplanverfahren für die Brandenburger Vorstadt

Änderung der Werbesatzung „Babelsberg“

Priorität 3 – zur Bearbeitung oder Überprüfung anstehend

17 Planverfahren

BebauungspläneNr. Titel

- 9 Uferzone Schwanenallee
- 20 Am Obelisk
- 25-3 Försteracker
- 30 Wetzlarer Straße (verbleibende Teilbereiche)
- 34-3 Nördlich Katharinenholzstraße
- 34-4 Eichenallee/Grabenstraße
- 34 Katharinenholzstraße, verbleibende Teilbereiche
- 101 Paul-Neumann-Straße**
- 115 Ullrich-Steinhauer-Straße (OT Groß Glienicke)
- 116 Interessentenweg (OT Groß Glienicke)
- 139 Slatan-Dudow-Straße**
- 154 Ketziner Straße/An der Jubelitz (OT Fahrland)**

- 2 Ketziner Straße, 2. Änderung (OT Fahrland)
- 7 Innenbereich, 1. Änderung, Teilbereich Ernst-Thälmann-Straße (OT Groß Glienicke)
- 8D Teilbereich südliche Verlängerung Uferweg (OT Groß Glienicke)
- 9 Am Waldfrieden (OT Groß Glienicke)
- 11 B Waldsiedlung, Teilbereich B (OT Groß Glienicke)

Vorhabenbezogene BebauungspläneSonstige Satzungen nach BauGB

-



Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21

„TOP 20 - Vorschläge“



Mitglieder des Projekt- und Redaktionsteams vorm Rathaus

(Foto: Landeshauptstadt Potsdam / Kathleen Friedrich)

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, sehr geehrte Mitglieder der Ortsbeiräte,

auch in diesem Jahr haben wieder zahlreiche Potsdamerinnen und Potsdamer den Bürgerhaushalt genutzt, um ihre Anliegen vorzutragen. Diese Form der Mitbestimmung ist zu einem festen Bestandteil der Potsdamer Haushaltsplanung geworden. Nun ist es an Ihnen, über die wichtigsten Bürgervorschläge zu entscheiden.

Mit der Auftaktveranstaltung am 7. Juni 2019 startete der diesjährige Bürgerhaushalt. Auf verschiedenen Wegen wurden mehr als 1.000 Bürgervorschläge eingebracht und diskutiert. Im Sommer wurde diese Vielzahl von den Potsdamerinnen und Potsdamern im Internet, per Post und bei einer Ausstellung im Bildungsforum und im Rathaus unserer Stadt priorisiert. Anhand vorgegebener Kriterien fasste daraufhin ein Redaktionsteam aus Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Mitarbeitenden der Landeshauptstadt Potsdam die sogenannte „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ mit 40 Bürgerideen zusammen. Diese standen vom 30. September bis 13. Dezember 2019 erneut zur Abstimmung.

An unserer Befragung beteiligten sich mehr als 17.500 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit liegt Potsdam deutlich über dem Durchschnitt anderer Kommunen, die ähnliche Beteiligungsprojekte anbieten. Viele Potsdamerinnen und Potsdamer nutzen diese Form der Mitsprache und engagieren sich seit Jahren aktiv. Das große Interesse sollten wir als Chance sehen und auch zukünftig nutzen, um das Verhältnis zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu stärken. Gerade darauf wird es

bei den Entscheidungen der kommenden Jahre ankommen, denn jede Form von Mitsprache schafft nachhaltige Legitimation.

Wir freuen uns, Ihnen als Ergebnis des Bürgerhaushalts 2020/21 nun die „TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger“ vorzulegen. Wir möchten Sie bitten, alle in dieser Broschüre aufgelisteten Bürgerempfehlungen in Ihren Diskussionsprozess zum Doppelhaushalt 2020/2021 der Landeshauptstadt Potsdam einzubeziehen und Ihre Entscheidungen zu begründen. Das Beteiligungskonzept sieht dabei vor, dass Sie im Rahmen der Ausschüsse ein Votum abgeben. Sie können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtern. Wählen Sie dabei die Ihr Gremium betreffenden Vorschläge und entscheiden Sie dann in den Kategorien „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“. Bitte berücksichtigen Sie die Benennung der notwendigen finanziellen Mittel sowie mögliche Finanzierungsquellen, sofern Sie einem Vorschlag zustimmen.

Mike Schubert
Oberbürgermeister

Pete Heuer
Vorsitzender der Stadt-
verordnetenversammlung

Bürgervorschlag Nr. 1 - DS 20/SVV/0030

Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister tritt weiterhin für die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche ein. Für den originalgetreuen Wiederaufbau der Kirche soll keine Finanzierung durch die Stadt erfolgen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 20.589 Punkte, wurde unter der Nummer 1 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Gemäß den Beschlüssen 08/SVV/0325 und 12/SVV/0759 durch die Stadtverordnetenversammlung wird eine finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Bau der Garnisonkirche ausgeschlossen. Der Oberbürgermeister wird im November 2019 eine Beschlussvorlage zur Klärung der zukünftigen Aufgaben und Ziele des Mitgliedes der Landeshauptstadt im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche einbringen und der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen.

Bürgervorschlag Nr. 2 - DS 20/SVV/0031

Hundesteuer in Potsdam erhöhen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hundesteuer wird erhöht. Steuerfreiheit für kleine Hunde wird abgeschafft.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 8.627 Punkte, wurde unter der Nummer 2 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Die Hundesteuer in der Landeshauptstadt Potsdam ist unverändert seit 01.07.2013 (nach 2. Änderung der ursprünglichen Satzung vom 26.02.2004). Steuermaßstab (feste Beträge) ist die Anzahl der gehaltenen Hunde bzw. die Einstufung als gefährlicher Hund. Die Grundsätze der Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam gelten bereits jetzt für alle Hunde. Eine Steuerbefreiung aufgrund der Größe der Hunde sieht die Satzung nicht vor.

In Anlehnung an die Bezugsgrößen (Hundebestand 2019) ergeben sich folgende betragsmäßige Erhöhungen pro Jahr:

- Erhöhung um 1%: Erhöhung um ca. 7.500 Euro
- Erhöhung um 2%: Erhöhung um ca. 15.000 Euro

Bei der Zeitplanung für eine Satzungsänderung sind die einzubeziehenden Gremien sowie die Schaffung von technischen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Für Planungszwecke sollte sich ein halbes Jahr Vorlauf ergeben. Hierbei wäre zusätzlich zu berücksichtigen, dass die Jahresbescheidschreibung jeweils zum 1. Januar des Jahres erfolgt. Unterjährige Änderungen wären insoweit nicht ohne weiteren Verwaltungsaufwand (unter Einsatz von Personal und zusätzlichen Druck- und Portokosten) möglich.

Bürgervorschlag Nr. 3 - DS 20/SVV/0032

Open-Source-Software für die Stadtverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Einsparung vorhandener Ausgaben für Lizenzen setzt die Verwaltung zukünftig sogenannte Open-Source-Software (kostenfrei nutzbare Computerprogramme) ein.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.905 Punkte, wurde unter der Nummer 3 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“

aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Bereits heute wird Open-Source-Software in verschiedenen Bereichen der Landeshauptstadt Potsdam eingesetzt. Auf der Grundlage strategischer und standardisierter Kriterien wird die Landeshauptstadt Potsdam auch weiterhin im Einzelfall den Einsatz kostenfrei nutzbarer Software prüfen.

Der Einsatz von Open-Source-Software wird immer mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit evaluiert: Auf der einen Seite sind die Kosten für Lizenzen zwar geringer. Auf der anderen Seite stehen aber weitere wesentliche Kostenbestandteile, wie zusätzliche Ausgaben für Anpassungen und Weiterentwicklungen sowie die Personalqualifizierung und Schulungen. Zudem ist die Kompatibilität zwischen der einzusetzenden Software und Hardware zu prüfen. Für Verwaltungsprogramme (Fachverfahren) kann eine Umstellung auf Open Source zu erheblichen Migrationsaufwänden führen oder kostenintensive Programmierungen nach sich ziehen.

Bürgervorschlag Nr. 4 - DS 20/SVV/0033

Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Ausleuchtung öffentlicher Gebäude und die Beleuchtung durch Straßenlaternen wird eingeschränkt. Dazu werden zunächst Straßenabschnitte identifiziert, bei denen eine Reduzierung der nächtlichen Beleuchtung in Frage kommt (u.a. Fliederweg).

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.577 Punkte, wurde unter der Nummer 4 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Die Landeshauptstadt Potsdam betreibt bereits energiesparende Straßenlaternen mit Natriumdampf-Hochdrucklampen. Diese Technik erfüllt die neuesten EU-Umweltstandards und zieht mit ihrem orangefarbenem Licht Insekten deutlich weniger an als herkömmliche Straßenbeleuchtung.

Seit einigen Jahren wird verstärkt bei Neubauvorhaben in der Straßenbeleuchtung LED-Technik - seit kurzem auch dimmbar - eingesetzt. Der Bau und Betrieb öffentlicher Straßenbeleuchtung erfolgt auf der Grundlage deutschlandweit gültiger Normen. Eine Unterschreitung dieser Normen (bspw. Abschalten jeder zweiten Leuchte, starke Dimmung oder ganzes Abschalten) geht zu Lasten der Verkehrssicherheit und reduziert zudem das soziale, teils subjektiv empfundene, Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Es kann daher nur im Einzelfall geprüft werden, ob und wie weit die betreffende Beleuchtungsanlage tatsächlich gedimmt werden kann.

Kosten der Umsetzung:

Da der Fliederweg eine Privatstraße ist, wird die dortige Straßenbeleuchtung nicht von der Landeshauptstadt Potsdam bestellt und so können hier auch keine speziellen Aussagen zum Einsparpotential getroffen werden. Das allgemeine Einsparpotential ist jedoch von vielen Faktoren und damit auch vom Einzelfall abhängig. Deutlich höheren Investitionskosten steht eine Stromeinsparung von durchschnittlich etwas über 50% gegenüber. Eine Amortisation dieser höheren Anschaffungskosten kann bei optimalen Bedingungen bei knapp 11 Jahren liegen.

Bürgervorschlag Nr. 5 - DS 20/SVV/0034

Kein Stadtgeld für die Schlösserstiftung (Eintritt für Parks)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Vertrag über die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an Gartenprojekten, in dem die Landeshauptstadt Potsdam die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten von 2019 bis 2023 mit jährlich 1 Million Euro unterstützt, wird nicht weitergeführt.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.509 Punkte, wurde unter der Nummer 5 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“

aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):
Die Stadtverordnetenversammlung hat am 8. November 2017 beschlossen, bei den Ländern Berlin und Brandenburg und dem Bund darauf zu drängen, dass auch weiterhin kein pflichtiger Parkeintritt erhoben wird (17/SVV/0721). Die Stadtverordnetenversammlung sprach sich dafür aus, dass die Zuwendungsgeber die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) finanziell adäquat ausstatten. Sollten die beiden Bundesländer und der Bund ihre finanzielle Beteiligung an den Stiftungsausgaben nicht erhöhen, ist die Landeshauptstadt aber bereit, ihren Beitrag zur Pflege der Parkanlagen zu leisten. Bei den Verhandlungen mit Stiftungsratsmitgliedern und schließlich im Stiftungsrat am 20. Dezember 2017 konnte keine grundsätzliche Bereitschaft der Bundesländer und des Bundes für eine Deckung der von der SPSG definierten finanziellen Bedarfe zur Deckung des Pflegedefizits erreicht werden. Unter der Bedingung, dass auch in Zukunft auf einen pflichtigen Eintritt in Parks auf dem Potsdamer Stadtgebiet verzichtet wird, stellt die Landeshauptstadt der SPSG für neue Mehrwert-Gartenprojekte in den nächsten 5 Jahren (ab 2019) insgesamt höchstens 5 Mio. Euro zur Verfügung. Die neue Vereinbarung wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2018 (18/SVV/0372) beschlossen und ist am 01.01.2019 in Kraft getreten. Sollte jedoch in Zukunft eine ausreichende Finanzierung erfolgen, ist die Möglichkeit einer Anpassung der Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Schlösserstiftung vorgesehen.

Kosten der Umsetzung:

Die finanzielle Beteiligung an den Mehrwert-Gartenprojekten gemäß Vereinbarung beläuft sich auf maximal 5 Mio. Euro bis 31.12.2023.

Bürgervorschlag Nr. 6 - DS 20/SVV/0035

Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Potsdam wird der kostenlose/ticketfreie öffentliche Nahverkehr für alle eingeführt.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 12.004 Punkte, wurde unter der Nummer 6 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Auf Grundlage der Stadtverordnetenbeschlüsse DS 17/SVV/0612 (Bürgerticket) und DS 17/SVV/0826 (Kostenloser öffentlicher Nahverkehr) der Stadtverordnetenversammlung wurde die AG Bürgerticket ins Leben gerufen, die sich mit Themen der zukünftigen ÖPNV-Finanzierung beschäftigt. Die AG Bürgerticket muss in diesem Zusammenhang prüfen, 1) wie viele zusätzliche Fahrgäste zu erwarten sind, 2) ob für die Bewältigung der zusätzlichen Fahrgäste das Angebot erweitert werden müsste und 3) wie hoch der finanzielle Aufwand für die Angebots Erweiterungen und die Einnahmeverluste sind. Die erhofften verkehrlichen Effekte lassen sich nicht prognostizieren bzw. wurden in allen Städten, in denen es versucht wurde, nicht erreicht. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stehenden Mittel dringend für Angebotsausweitungen, neue Fahrzeuge und neue Strecken benötigt werden, bevor dem System mehr Fahrgäste auf Grund von Vergünstigungen oder Freifahrten zugeführt werden. Zudem müssen alle Tarifänderungen mit den Gremien des Verkehrsverbundes (VBB) abgestimmt werden. Der finanzielle Aufwand ist nicht bezifferbar.

Bürgervorschlag Nr. 7 - DS 20/SVV/0036

Faire Bezahlung: Tarifvertrag im Ernst von Bergmann Klinikum

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Pflegedienst und alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ernst von Bergmann Klinikums werden nach dem Flächentarifvertrag TVöD bezahlt. Der Oberbürgermeister soll als Gesellschaftervertreter dazu beitragen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt

Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 7.492 Punkte, wurde unter der Nummer 7 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Mit ihrem Beschluss vom 21. August 2019 (19/SVV/0829) beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Potsdam in der Gesellschafterversammlung des Klinikums Ernst von Bergmann, die stufenweise Rückkehr des Klinikums sowie der Beteiligungsgesellschaften des Klinikums in den TVöD für das nichtärztliche Personal- aufgrund der angespannten Fachkräftesituation insbesondere für das Pflegepersonal- inklusive der Therapeutinnen und Therapeuten und Verwaltungsmitarbeitenden zu forcieren, gemeinsam mit der Geschäftsführung und der Gewerkschaft die Voraussetzungen zur Überleitung in den TVöD zu schaffen und die entsprechenden Tarifverträge mit der Gewerkschaft vorab abzustimmen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, gegenüber dem Land Brandenburg eine Steigerung der Zuschüsse für Investitionen zu fordern, die dem Bedarf tatsächlich gerecht wird.

Einen ersten Zwischenbericht zu den Gesprächen mit einem Vorschlag zur schrittweisen Angleichung des Tarifvertrags im Klinikum Ernst von Bergmann an den TVöD hat der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 11. September 2019 vorgelegt.

Kosten der Umsetzung:

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals ist eine grundlegende Veränderung der Vergütung von Krankenhausleistungen zum 01.01.2020 verbunden. Da die dafür notwendigen Umsetzungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind, ist eine belastbare Aussage zu den finanziellen Auswirkungen derzeit nicht möglich. Erste Berechnungen des Ernst-von-Bergmann-Klinikums gehen bei der schrittweisen Anpassung für 2020 allein für den Standort Potsdam von Personalkostenerhöhungen von rund 2 Mio. Euro aus. Sollte das Jahresergebnis des Klinikum Ernst von Bergmann negativ ausfallen, bestünde die Notwendigkeit von Zuwendungen durch die Landeshauptstadt Potsdam.

Bürgervorschlag Nr. 8 - DS 20/SVV/0037

Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam berücksichtigt bei allen Entscheidungen ökologische Gesichtspunkte und setzt sich gegen klimaschädliche und ressourcenverbrauchssteigernde Investitionen ein. Zudem werden die Umsetzung des Potsdamer Klimaschutzprogramms beschleunigt und weitere Maßnahmen entwickelt (Stärkung Fuß-/Rad-/öffentlicher Nahverkehr, ökologische Gebäudesanierung, Vorsorge gegen Starkregen und Extremhitze). Auch wird der Baumbestand nicht nur erhalten, sondern in den kommenden Jahren deutlich erhöht.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5.173 Punkte, wurde unter der Nummer 8 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Gemäß dem Beschluss 19/SVV/0543 werden bei Beschlussvorlagen die klimapolitischen Auswirkungen berücksichtigt. Einen konkreten Verfahrensvorschlag erarbeitet die Landeshauptstadt Potsdam bis März 2020. Mit Beschluss werden eine Reihe weiterer Maßnahmen aus den genannten Bereichen umgesetzt oder geprüft, die über die vorhergehende Beschlusslage zur Umsetzung des Masterplans Klimaschutz hinausgehen. Die Aktionspläne zum Masterplan Klimaschutz werden zudem alle zwei Jahre fortgeschrieben. Der erste Teil des Vorschlags wird daher bereits umgesetzt.

Zur Unterstützung des Baumbestandes wird derzeit eine Stadtklimakarte mit Planungshinweisen erstellt. Weiterhin werden Baum- und Grünflächen bei Planungsverfahren verstärkt gutachterlich bewertet. Aus Sicht des reinen Klimaschutzes ist die Erhöhung des Baumbestandes aufgrund der geringen Treibhausgasreduzierung (Ein Hektar Wald bindet gemäß Bundeswaldinventur jährlich ca. 13t CO₂) nicht prioritär im Vergleich zu Maßnahmen in den Bereichen Energieversorgung, Gebäude,

Verkehr und Konsum.

In der Charlottenstraße befinden sich zwei offene Baumstandorte, deren Neupflanzung durch den Bereich Grünflächen in der nächsten Pflanzsaison vorgesehen ist. Eine durchgängige Bepflanzung der Charlottenstraße ist jedoch aufgrund denkmalpflegerischer Aspekte bzw. aufgrund der dichten Medienlage stellenweise nicht möglich.

Baumpatenschaften für eine Neupflanzung oder einen bestehenden Altbaum können gern übernommen werden.

Der Bereich Grünflächen führt eine Gesamtübersicht freier Baumstandorte und ist grundsätzlich bemüht, diese zeitnah mit Nachpflanzungen zu besetzen. Zudem erfolgen fortlaufend Nachpflanzungen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen. Für die kommende Pflanzsaison Winter 2019/ Fröhjahr 2020 sind ca. 300 Neupflanzungen vorgesehen.

Im Zuge von Baumpflanzungen erfolgt eine Prüfung des Medienbestands, woraus sich mancherorts Ausschlüsse der Umsetzung von Baumnachpflanzungen ergeben. Zudem schließen ungünstige Standortbedingungen wie zu schmale Straßenbegleitgrünstreifen und zu umfangreiche Verdichtung eine nachhaltige Entwicklung eines Baumbestandes mancherorts aus. Bei vorgesehenen Planungen zum Ausbau von Straßen mit Verbreiterung ihrer Nebenanlagen werden Baumpflanzungen zudem vorerst zurückgestellt und im Zuge des Bauvorhabens nach Fertigstellung der Straße umgesetzt. Daher kann es auch zu Verzögerungen in der Umsetzung von Nachpflanzungen kommen.

Bürgervorschlag Nr. 9 - DS 20/SVV/0038

Feuerwerke einschränken oder verbieten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Silvesterfeuerwerk wird nur noch an zentralen, festgelegten Orten erlaubt. Es werden böllerfreie Zonen eingerichtet. Feuerwerke die anlässlich bestimmter Anlässe durchgeführt werden, sind rechtzeitig öffentlich anzukündigen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.340 Punkte, wurde unter der Nummer 9 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Für ein Verbot sämtlicher Silvesterfeuerwerke im gesamten Stadtgebiet gibt es derzeit keine gesetzliche Grundlage. § 24 Abs. 2 der 1. SprengV (Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz) eröffnet lediglich die Möglichkeit, Silvesterfeuerwerk in der Nähe von brandempfindlichen Gebäuden oder Anlagen (z.B. Reetdächer und Tankstellen) zu verbieten. Außerdem ist es rechtlich möglich, Silvesterfeuerwerke mit ausschließlicher Knallwirkung (Böller) in dichtbesiedelten Gemeinden oder Teilen von Gemeinden zu verbieten. Aus ordnungsrechtlicher Sicht gibt es keine weiteren Regelungen zum Umgang mit Feuerwerken. Auch die Möglichkeit, eine Allgemeinverfügung wegen einer akuten Gefahr zu erlassen, ist nicht gegeben.

Die Landeshauptstadt Potsdam selbst hat in den letzten Jahren keine kommunalen Feuerwerke durchgeführt. Die wahrgenommenen Großfeuerwerke wurden von gewerblichen Veranstaltern in Auftrag gegeben und finanziert. Alle Genehmigungen von Feuerwerken enthalten unabhängig von deren Größe bereits die Auflage, Anwohner über das bevorstehende Feuerwerk zu informieren. Rein private Feuerwerke außerhalb von Silvester werden für das Stadtgebiet Potsdam nur sehr wenige zu ganz besonderen Anlässen genehmigt (ca. 10 Feuerwerke pro Jahr).

Um großflächige Gebiete flächendeckend zu kontrollieren, müssten bei der Stadtverwaltung Potsdam und bei der Polizei personelle Kapazitäten erhöht werden. Die Ahndung von etwaigen Ordnungswidrigkeiten ist zudem oft nicht möglich, da dafür die konkrete Person, die das Feuerwerk/den Böller angezündet hat, bekannt sein muss. Die bloße Anwesenheit ist nach der geltenden Rechtsprechung nicht ausreichend.

Bürgervorschlag Nr. 10 - DS 20/SVV/0039

Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bereich zwischen Hegelallee und Charlottenstraße, Luisenplatz und dem Holländischen Viertel wird zum verkehrsberuhigten und für LKW gesperrten Bereich erklärt (unter Beibehaltung der Fußgängerzone und Ausnahmen für Handwerker und Lieferverkehr). Die hierbei gewonnenen

Erfahrungen werden städteplanerisch ausgewertet und in die Planung der Entwicklung von autofreien Quartieren in Potsdam mit einfließen. Dabei soll der bisherige ÖPNV um attraktive Angebote erweitert und eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vorgekommen werden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.020 Punkte, wurde unter der Nummer 10 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Zur Verkehrsentwicklung der Potsdamer Innenstadt hat die Stadtverordnetenversammlung am 7. Juni 2017 das Innenstadtkonzept beschlossen. Im Vorfeld sind viele Vorschläge unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit gesammelt und bewertet worden, u. a. auch der Vorschlag einer autofreien Innenstadt. Dieser wurde im Rahmen des Beteiligungsprozesses jedoch nicht in das Konzept übernommen, da bestimmte Autoverkehre (u. a. Bewohner, Lieferung, Rettungsdienste, Handwerker, Entsorgung und PKW von Personen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung) weiterhin möglich sein sollten. Stattdessen wurde gefordert, den Durchgangsverkehr entlang der Gutenbergsstraße zu unterbinden, was zu einer deutlichen Verkehrsberuhigung beitragen wird. Eine Sperrung für den Lkw-Verkehr (außer Anlieger und Lieferverkehr) ist somit nicht mehr nötig, weil dann die Anreize für eine Nutzung durch ortsfremden Lkw-Verkehr fehlen. Diese Maßnahme befindet sich derzeit in Vorbereitung.

Für eine Ausweisung weiterer Teile der Innenstadt als verkehrsberuhigter Bereich fehlen zurzeit die rechtlichen Voraussetzungen. Neben einem entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist für die geforderte Beschilderung auch die Umgestaltung der Straßenräume entsprechend der Anforderungen an verkehrsberuhigte Bereiche notwendig. Dazu gehören insbesondere die Beseitigung von Hochborden und die einheitliche Belagsgestaltung zur Verdeutlichung der dann umfassenden Aufenthaltsbereiche, welche im Widerspruch zu den Sanierungszielen für die 2. Barocke Stadterweiterung stehen. Auch fehlen bislang Lösungen zum Umgang mit den bestehenden Kfz-Parkplätzen der Anwohnerinnen und Anwohner.

Bürgervorschlag Nr. 11 - DS 20/SVV/0040

Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt Planungen für eine zweite Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn (Luisenplatz-Schopenhauerstr.-Voltaireweg-Schlegelstr.-G.Hermann Allee-Fachhochschule) auf. Die Eröffnung soll bis spätestens 2035 erfolgen und auch den Umbau der Haltestelle Platz der Einheit/West zur 4-gleisigen Zentralhaltestelle berücksichtigen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3.297 Punkte, wurde unter der Nummer 11 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Für die Vorbereitung einer solchen Maßnahme ist zunächst eine Nachfrageanalyse und Machbarkeitsstudie durchzuführen. Gemäß einer im Jahr 2016 durchgeführten Leistungsfähigkeitsbetrachtung für das Potsdamer ÖPNV-Netz werden folgende Streckennetzerweiterungen der Straßenbahn als dringlicher eingeschätzt:

- Verlängerung der Straßenbahn von Campus Jungfernsee über Krampnitz nach Fahrland
- Erweiterung Straßenbahn-Streckennetz in Babelsberg / Am Stern
- Erweiterung des Straßenbahn-Streckennetzes nach Golm und
- Verlängerung der Straßenbahn von Bornstedt nach Bornim.

Die drei letztgenannten Streckenerweiterungen können auf Grund der personalintensiven Planungen und der hohen Kosten nur nacheinander abgearbeitet und realisiert werden. Dementsprechend ist die vorgeschlagene 2. Nord-Süd-Trasse bis 2035 nicht realisierbar.

Kosten der Umsetzung:

Für eine Machbarkeitsstudie sind rund 60.000 Euro anzusetzen. Eine

grobe Kostenschätzung der Planungen und der Realisierung der Straßenbahnverlängerung wäre Ergebnis einer Machbarkeitsstudie.

Bürgervorschlag Nr. 12 - DS 20/SVV/0041

Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam fördert Wohnformen für junge Menschen mit Behinderung (wie bspw. WGs für 8-10 Personen, mit Nachtbetreuung) unabhängig von einem öffentlichen oder privaten Träger und stellt Wohnraum bereit. Ziel ist es, geeigneten Wohnraum für ein gemeinsames Leben in einem wirklichen Zuhause zu ermöglichen und fremdbestimmte Isolation in Pflegeheimen zu vermeiden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3.020 Punkte, wurde unter der Nummer 12 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Der Bedarf nach den beschriebenen Wohnformen ist im Bereich Wohnen bekannt. Mit einer Gruppe finden bereits Gespräche statt, auch unter Mitwirkung der ProPotsdam, die verschiedene in Vorbereitung befindliche Bauvorhaben auf ihre Eignung für eine Umsetzung prüft. Mit dem neuen Brandenburgischen Wohnraumförderungsgesetz (BbgWoFG), das am 1.10.2019 in Kraft tritt, verbessern sich auch die Möglichkeiten, Wohnräume, wie die vorgeschlagenen, in bedarfsgerechter und bezahlbarer Form umzusetzen.

Kosten der Umsetzung:

Es ergeben sich keine unmittelbaren Kosten für die Landeshauptstadt Potsdam. Ggf. ist der Einsatz von Mitteln der Landeswohnraumförderung erforderlich.

Bürgervorschlag Nr. 13 - DS 20/SVV/0042

Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Kita-Anmeldeverfahren wird in Potsdam zentralisiert, eine Vergabestelle wird eingerichtet. Das System (auch online) soll den Kita-Tipp sowie die Einrichtungen selbst entlasten, doppelte Anmeldungen vermeiden und eine einfache Vergabepaxis ermöglichen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2.848 Punkte, wurde unter der Nummer 13 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Die Vergabe eines Kita-Platzes erfolgt grundsätzlich direkt über den Kita-Träger. Eine zentralisierte Vergabe von Kita-Plätzen durch die Stadtverwaltung ist rechtlich nicht realisierbar. Die Landeshauptstadt Potsdam betreibt zum jetzigen Zeitpunkt keine eigenen kommunalen Kitas, somit findet durch den städtischen Betreuungsservice „Kita-Tipp“ auch keine Platzvergabe statt.

Potsdam bietet jedoch bereits mit dem „Kita-Suchportal“ ein umfangreiches Online-Informationsangebot. Dort können sich Eltern über verschiedene Betreuungsangebote in der Stadt informieren. Über das Portal sollen sowohl die beratende Servicestelle Kita-Tipp als auch die Einrichtungen und Träger entlastet und explizit doppelte Anmeldungen vermieden werden. Hinsichtlich der dabei möglichst einfach zu organisierenden Vergabepaxis für einen Kitaplatz wird zu gegebener Zeit der Dialog mit den Trägern vertieft. Schlussendlich ist es das Ziel, das Anmeldeverfahren für einen Kitaplatz über das Kita-Portal zu zentralisieren und für alle übersichtlich zu gestalten.

Kosten der Umsetzung:

Derzeit sind für die Handlungsfelder „Rechtsanspruchsprüfung“ und „Bewerbungsprozess um einen Kita-Platz“ (bzw. für die Vergabe dessen)

finanziell 200.000 Euro für Dienstleistungen und 70.000 Euro für Investition im Haushalt (Produktkonto 1119002) eingeplant. Die Funktionalität erweiternde Module etwa zur Kita-Finanzierung bzw. Betriebskostenabrechnung sind noch nicht beplant.

Bürgervorschlag Nr. 14 - DS 20/SVV/0043

Walderhalt im Planungsverfahren „Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Beim Planungsverfahren „Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd“ wird aus Gründen des Klimaschutzes das Landschaftsschutzgebiet aus dem Baugebiet ausgeschlossen. Für die Sportfläche werden Alternativflächen (vorrangig vorgenutzte Standorte, nachrangig alternative Standorte z.B. Bebauungsplan 163) genutzt. Auf den Neubau einer Förderschule in Waldstadt Süd wird verzichtet.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2.772 Punkte, wurde unter der Nummer 14 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Am Standort Waldstadt Süd sollen eine Gesamtschule, eine Förderschule, wettkampftaugliche Sportanlagen und eine Kita entstehen. Eine entsprechende Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 142 haben die Stadtverordneten am 06.06.2018 beschlossen (18/SVV/0186). Da das damals vorgesehene städtebauliche Konzept wegen Einwendungen des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL) nicht mehr umgesetzt werden kann, wurde ein neuer städtebaulicher Entwurf erarbeitet. Dieser wurde in einer Bürgerversammlung am 22.08.2019 vorgestellt und in den Fachausschüssen beraten. Entsprechende Fraktionsanträge befinden sich noch im Geschäftsgang (19/SVV/0193, 19/SVV/0691). Eine Entscheidung dazu ist erst in der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2019 zu erwarten. Der Verzicht auf die Inanspruchnahme des Landschaftsschutzgebietes würde nach aktuellem städtebaulichen Entwurf bedeuten, auf die wettkampftauglichen Sportanlagen zu verzichten. Ein Verzicht auf den Neubau der Förderschule würde erfordern, für eine weitere weiterführende Schule, die im jetzigen Gebäude der Förderschule Am Nuthetal vorgesehen ist, einen Ersatzstandort zu finden.

Kosten der Umsetzung:

Beim Verzicht auf den Neubau der Förderschule sind keine Einsparungen zu erwarten, da dann eine weitere weiterführende Schule, die derzeit im Schulgebäude der Schule Am Nuthetal vorgesehen ist, in einem Neubau entstehen müsste.

Bürgervorschlag Nr. 15 - DS 20/SVV/0044

Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Potsdams Oberbürgermeister unterstützt den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche in Sinne der Schaffung eines landesweiten Friedenszentrums.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2.472 Punkte, wurde unter der Nummer 15 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Einen ersten Vorschlag zur künftigen Arbeit der Landeshauptstadt Potsdam im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche hat Oberbürgermeister Mike Schubert Anfang September 2019 den Fraktionsspitzen der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Folgende Punkte sieht der Vorschlag vor: Die Landeshauptstadt Potsdam wirkt an der Schaffung einer Ausstellung, die die Geschichte des Ortes vollumfänglich darstellt, im Turm der Garnisonkirche mit. Grundlage dieses Handlungszieles bil-

det die Wiederrichtung des Turms der Garnisonkirche aufgrund bereits erteilter Baugenehmigungen. Außerdem nimmt die Landeshauptstadt Potsdam Gespräche mit der Stiftung Garnisonkirche und der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V. mit dem Ziel auf, bei einer zukünftigen Errichtung eines Gebäudes auf dem Grundstück, auf dem ehemals das Kirchenschiff stand, eine internationale Jugendbegegnungsstätte für Bildung und Demokratie zu errichten. Die zukünftige Architektur soll den Anforderungen des Nutzungszwecks folgen. Bis zum Jahr 2023 soll ein inhaltliches Konzept erarbeitet werden, in dem auch die Frage der Trägerschaft einer solchen Einrichtung betrachtet wird. Der Oberbürgermeister wird im November 2019 eine entsprechende Beschlussvorlage zur Klärung der Aufgaben und Ziele des Mitgliedes der Landeshauptstadt im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche einbringen und der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen.

Bürgervorschlag Nr. 16 - DS 20/SVV/0045

Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Radwegenetz in Potsdam wird ausgebaut und sicherer gestaltet. Konkrete Maßnahmen sind: eine Radverbindung von der Kaiser-Friedrich-Straße zur Lindenallee, ein durchgehender Radweg am Havelufer von der Glienicker Brücke bis zur Neustädter Havelbucht, die Sanierung des für Fuß- und Radfahrer gemeinsam nutzbaren Weges entlang des Schafgrabens, eine Radverbindung durch den Schlaatz, ein durchgehender Radweg an/auf der Maulbeerallee und mehr Sicherheit für Radfahrer in der großen Weinmeisterstraße sowie vor dem Landtagsgebäude.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 16.854 Punkte, wurde unter der Nummer 16 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Die Radverkehrsförderung wird bereits seit Jahren erfolgreich betrieben, was sich in guten Platzierungen im ADFC-Fahrradklimatest 2018 widerspiegelt. Das Radverkehrskonzept 2017 wurde von den Stadtverordneten beschlossen und bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns. Ziel der Landeshauptstadt Potsdam ist es, auch weiterhin den Radverkehrsanteil zu erhöhen. Das Radverkehrskonzept Potsdam stellt hierfür die wesentliche Grundlage dar. Die Radverbindungen zwischen der Kaiser-Friedrich-Straße und der Lindenallee wurden bereits 2014 erneuert. Die Nebenanlage am Otto-Braun-Platz soll umgebaut werden. Alle weiteren vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Radverkehrskonzept bisher nicht berücksichtigt und damit auch nicht finanziell unteretzt.

Kosten der Umsetzung:

Derzeit stehen durchschnittlich 950.000 Euro pro Jahr (ohne Fördermittel) für die Realisierung des Radverkehrskonzepts zur Verfügung. Für eine deutliche Steigerung der Radverkehrsanteile wird mit dem Radverkehrskonzept 2017 (siehe www.potsdam.de/radverkehrskonzept-2017, S.41) und in Anlehnung an den nationalen Radverkehrsplan, eine Gesamtaufwendung von 18 Euro je Einwohner/in pro Jahr empfohlen. Damit würden dann ca. 3 Mio. Euro jährlich inklusive Fördermittel für die Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen bereitstehen.

Bürgervorschlag Nr. 17 - DS 20/SVV/0046

Umgehungsstraße realisieren (Havelspange, 3. Havelübergang)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für die Wiederaufnahme des Projekts Umgehungsstraße (Havelspange, 3. Havelübergang) ein, auf Grundlage der bereits vorhandenen Projektierungen zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs (B2 bis Wetzlarer Straße).

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 13.051 Punkte, wurde unter der Nummer 17 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung „Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang“ (DS 17/SVV/0837) sowie zum Antrag „Prüfung einer Umgehungsstraße für Potsdam“ (DS 18/SVV/0748) wurde festgelegt, dass die Betrachtung mit der nächsten Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts (StEK) Verkehr erfolgen soll. Die Fortschreibung des Konzepts ist voraussichtlich ab 2020 vorgesehen (DS 17/SVV/0837). In diesem Rahmen kann eine solche Maßnahme erneut fachlich fundiert und mit allen Auswirkungen auf das Verkehrsnetz der Landeshauptstadt Potsdam und der Gemeinden im Umland betrachtet werden. Eine vorherige, insbesondere eine isolierte, Betrachtung ist fachlich nicht sinnvoll und entspräche auch nicht den vorliegenden Beschlüssen.

Kosten der Umsetzung:

Die Kosten für die Prüfung der Ortsumgehung im Rahmen der Erarbeitung des StEK Verkehr sind im Einzelnen nicht bezifferbar.

Bürgervorschlag Nr. 18 - DS 20/SVV/0047

Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam prüft, wo Dächer und Fassaden begrünt werden können. Städtische Gebäude wie Schulen, Behörden, die Stadtbibliothek oder kommunale Wohnungsblöcke werden als Aushängeschild und Vorbild für eine erfolgreiche Begrünung dienen. Zudem werden Dächer von Bus- und Bahnhofstestellen nach dem Vorbild der niederländischen Stadt Utrecht mit bienenfreundlichen Blumen bepflanzt.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 8.935 Punkte, wurde unter der Nummer 18 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Die Landeshauptstadt Potsdam erarbeitet derzeit eine Stadtklimakarte und wird daraus eine Gründach- und Fassadenstrategie entwickeln. Die Entwurfsfassung der Stadtklimakarte wird im Sommer 2020 erwartet, die Ableitung einer Dach- und Fassadenstrategie Ende 2020.

Mit dem Beschluss Nr. 19/SVV/0709 („Bushaltestellen zu Oasen für Insekten machen“) wurde der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, bei der Neuerrichtung oder der Sanierung die Dächer der Haltestellen von Bus und Tram mit einem Gründach auszustatten. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Dezember 2019 vorzulegen.

Kosten der Umsetzung:

Für die vollumfängliche Umsetzung einer Gründach- und Fassadenstrategie werden zusätzliche personelle Kapazitäten benötigt, geschätzt im Umfang einer halben Personal-Stelle zuzüglich Sach- und Gemeinkosten, entsprechend etwa 50.000 Euro/Jahr.

Bürgervorschlag Nr. 19 - DS 20/SVV/0048

Müllvermeidung vor Müllentsorgung: Pfandbechersystem etablieren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Potsdam etabliert ein städtisches Pfandbechersystem. Vorbild ist das System in Hannover. Die Kommune geht mit den Investitionskosten in Vorleistung. Die Becher können auch für das Stadtmarketing genutzt werden, führen dauerhaft zu geringeren Kosten bei der Müllentsorgung.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5.794 Punkte, wurde unter der Nummer 19 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Es ist bereits geplant, im Jahr 2019 ein Pfandsystem für Coffee-to-go

Becher in Potsdam einzuführen. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung, städtischen Tochterunternehmen und der Landeshauptstadt Potsdam erfolgen. Zur Unterstützung des Projektes haben die Partner am 16. September 2019 eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit der das Pfandbechersystem als Pilotprojekt in den nächsten drei Jahren etabliert werden soll. Ziel ist es, den in Deutschland hergestellten, umweltfreundlichen und von der Bürgerstiftung Potsdam designten PotsPRESSO-Becher in Umlauf zu bringen. Dies soll ohne eine finanzielle Beteiligung der Ausgabestellen (Cafés, Bäckereien etc.) erfolgen, damit sich viele Händler an dem Pfandsystem beteiligen. Der PotsPRESSO-Becher soll bereits in diesem Jahr zu Veranstaltungen als Pfandbecher genutzt werden.

Kosten der Umsetzung:

Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt für das Pfandbechersystem gemeinsam mit Tochterunternehmen der Stadt im Jahr 2019 die Anschubfinanzierung in Höhe von 80.000 Euro zu leisten. Zugleich prüft die Stadt, inwiefern eine Zuwendung für die Jahre 2020 und 2021 geleistet werden kann, um das Pfandbechersystem zu etablieren.

Bürgervorschlag Nr. 20 - DS 20/SVV/0049

Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als „Herzbad im Volkspark“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Biosphäre wird mit dem Ziel der Doppelnutzung als Kiezbad (6 x 25 Meter-Bahnen) und als nach oben offenem Eventraum zum „Herzbad im Volkspark“ umgebaut. Dabei ist eine ressourcenschonende Energie- und Wassernutzungsanlage für die Wasserreinigung, -speicherung, -versickerung und im Sommer für die Kühlung zu verwenden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.660 Punkte, wurde unter der Nummer 20 in die „Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ aufgenommen und am 29. Januar 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand Sept. 2019):

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld bereits Nutzungsvarianten für die Biosphäre überprüft. In diesem Zusammenhang sind Machbarkeitsstudien zu verschiedenen Nutzungsszenarien erstellt worden. Prüfkriterien waren dabei u.a. der Bedarf an der Schaffung und Erweiterung von städtischen Infrastruktureinrichtungen, technische Möglichkeiten, steuerliche und juristische Rahmenbedingungen und die Finanzierung inklusive Deckungsmöglichkeiten im Haushalt. Insoweit sind die Überlegungen zu möglichen Nachnutzungsszenarien zunächst sehr breit geführt und unter Berücksichtigung der o.g. Kriterien verdichtet worden. Im Jahr 2017 sind dann folgende Varianten für die Nachnutzung der Biosphärenhalle untersucht worden: (1) Modifizierte Tropenhalle, (2) Wegfall der Tropenhalle und Umsetzung sozialer Infrastruktur im Gebäude, (3) Abriss und Verkauf der Fläche. Auch alternative Nutzungskonzepte zur Erfüllung pflichtiger Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam (Kita, Jugendfreizeit) wurden als Verwertungskonzepte geprüft, jedoch nach der Bedarfsprüfung und Diskussion ausgeschlossen.

Im Sommer 2018 hat ein Kreativ-Prozess unter Beteiligung einer interfraktionellen Steuerungsgruppe stattgefunden. In vier Workshops wurden die Stärken und Schwächen des Bestandangebotes, Zielsetzungen und -gruppen sowie Konzeptansätze für das Gebäude evaluiert und in der wirtschaftlichen Ausprägung bewertet. Wesentliches Ergebnis ist ein Bekenntnis aller Akteure zur ganzheitlichen Entwicklung mit der Neuausrichtung der Biosphäre zu einer Erlebnis- und Wissenswelt. Dabei soll die Tropenhalle erhalten und um neue Landschaftsräume ergänzt werden. Wissenschaftliche Partner, die am Standort Potsdam ansässig sind, werden inhaltlich und thematisch eingebunden. Das erarbeitete Konzept „Biosphäre 2.0“ ist im Februar 2019 von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt worden und soll nunmehr durch eine ökonomische Machbarkeitsstudie konkretisiert werden, in der insbesondere die in der Konzeption getroffenen Annahmen geprüft, ein Betriebs- und Betreiberkonzept aufgezeigt und die zu erwartenden Belastungen der Landeshauptstadt Potsdam deutlich benannt werden. Die Ausarbeitung soll neben der Konzeption wesentliche Entscheidungsgrundlage sein.

Nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage einer umfangreichen Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit dem Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg und der Beschlusslage zur Weiterentwicklung der Konzeptidee „Biosphäre 2.0“ kommt unter Berücksichtigung der vorgenannten Prüfkriterien der zusätzliche Teilumbau der Biosphäre zum Kiezschwimmbad nicht in Betracht.

Kosten der Umsetzung:

Die im Bürgervorschlag angegebene Kostenhöhe von 3 bis 5 Millionen Euro für den Umbau der Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle kann nicht bestätigt werden. Da der zusätzliche Teilumbau unter Berücksichtigung der derzeitigen Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgesehen ist, ist eine Präzisierung der Kosten nicht weiter untersucht worden und eine Darstellung an dieser Stelle nicht möglich.

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Sehr geehrte Mitglieder der Ortsbeiräte,

Sie entscheiden nun über die wichtigsten Vorschläge des Bürgerhaushalts 2020/21. Zur Erleichterung der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung (SVV), in den Ausschüssen und Fraktionen stellen wir Ihnen den beigefügten Abstimmungsbogen (siehe Rückseite) zur Verfügung.

Für Ihre Entscheidung stehen Ihnen die im Folgenden vermerkten Kategorien zur Auswahl. Die ergänzenden Angaben sollen die von der Bürgerschaft sowie durch die Stadtverordnetenversammlung geforderte Transparenz der Entscheidungen zum Bürgerhaushalt erhöhen.

Die diesjährigen Bürgervorschläge wurden als eigenständige Drucksachen vermerkt. Diese können Sie ebenfalls im Ratsinformationssystem (RIS) der Landeshauptstadt Potsdam nachlesen und den aktuellen Stand der Diskussion in den Fachausschüssen nachvollziehen.

Für Fragen und Informationen stehen wir Ihnen gern unter den Telefonnummern 0331/289-1120 und -1121 zur Verfügung. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr Projektteam Bürgerhaushalt

Erläuterung der Beschlusskategorien:

„Annahme“ (= „ungeändert oder geändert beschlossen“)

Im Falle der Annahme eines Vorschlags vermerken Sie bitte ebenfalls die zur Realisierung vorgesehenen finanziellen Mittel und mögliche Deckungsquellen.

„Prüfauftrag“ (= „ungeändert od. geändert beschlossen“)

Bitte benennen Sie konkrete Inhalte, die durch die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, zusätzlich zur bereits vorgenommenen Einschätzung geprüft werden sollen.

„Ablehnung“ (= „abgelehnt“)

Sollten Sie einen Vorschlag ablehnen, bitten wir Sie, dies zu erläutern und Stichworte als Begründung anzugeben.

„Bereits in Umsetzung“ (= „erledigt“)

Im Falle, dass sich der Vorschlag bereits in Umsetzung befindet, vermerken Sie den zugrundeliegenden SVV-Beschluss.

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam, Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
Steuerungsunterstützung, Projektteam Bürgerhaushalt
Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: Buergerhaushalt@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289-1120
www.Potsdam.de/Buergerhaushalt

Redaktionsschluss 10.01.2020

Bürgerhaushalt 2020/21

Votum der Fraktion / des Ausschusses / des Ortsbeirates:



Landeshauptstadt
Potsdam

„TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“

Nr. Titel

Kategorie 1 >> 5 Bürgervorschläge zur Haushaltskonsolidierung / Haushaltssicherung

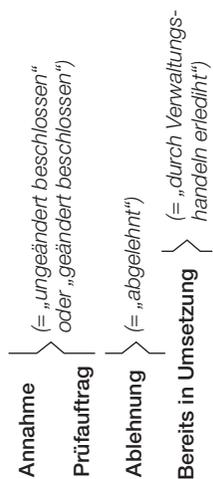
1	Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0030)				
2	Hundesteuer in Potsdam erhöhen	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0031)				
3	Open-Source-Software für die Stadtverwaltung	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0032)				
4	Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0033)				
5	Kein Stadtgeld für die Schlösserstiftung (Eintritt für Parks)	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0034)				

Kategorie 2 >> 10 Bürgervorschläge zur laufenden Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)

6	Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0035)				
7	Faire Bezahlung: Tarifvertrag im Ernst von Bergmann Klinikum	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0036)				
8	Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0037)				
9	Feuerwerke einschränken oder verbieten	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0038)				
10	Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0039)				
11	Entlastung Potsdamer Norden: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0040)				
12	Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0041)				
13	Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0042)				
14	Walderhalt: Planungsverfahren „Schul-/Sportstandort Waldstadt Süd“	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0043)				
15	Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0044)				

Kategorie 3 >> 5 Bürgervorschläge zur Investitionsplanung (Finanzhaushalt)

16	Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0045)				
17	Umgehungsstraße bauen (Havelspange, 3. Havelübergang)	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0046)				
18	Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0047)				
19	Müllvermeidung vor Müllentsorgung: Pfandbechersystem	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0048)				
20	Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen: „Herzbad im Volkspark“	<input type="radio"/>	→	DS (20/SW/0049)				



Abstimmung:

Bitte vergeben Sie pro Vorschlag maximal ein Kreuz und ergänzen die notwendigen Informationen.

Vielen Dank!

bei „Annahme“: Bitte vermerken Sie mögliche Deckungsquellen.
 bei „Prüfauftrag“: Welche offenen Fragen sollen geprüft werden?
 bei „Ablehnung“: Bitte vermerken Sie den Grund der Ablehnung.
 bei „Bereits in Umsetzung“: Bitte nennen Sie den diesbezüglichen SVV-Beschluss.

Bürgerhaushalt 2020/21: "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger"

Vorschlag für Zuordnung der Fachausschüsse pro DS

Drucksache	Titel	
20/SVV /0030	1. Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche	Finanzausschuss Hauptausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Kulturausschuss (?)
20/SVV /0031	2. Hundesteuer in Potsdam erhöhen	Finanzausschuss Ordnung und Sicherheit
20/SVV /0032	3. Open-Source-Software für die Stadtverwaltung	Finanzausschuss Hauptausschuss Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
20/SVV /0033	4. Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung	Finanzausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität Ordnung und Sicherheit
20/SVV /0034	5. Kein Stadtgeld für die Schlösserstiftung (Eintritt für Parks)	Finanzausschuss Hauptausschuss Kulturausschuss (?)
20/SVV /0035	6. Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam	Finanzausschuss Hauptausschuss Klima, Umwelt und Mobilität Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes (?)
20/SVV /0036	7. Faire Bezahlung: Tarifvertrag im Ernst von Bergmann Klinikum	Finanzausschuss Hauptausschuss Gesundheit und Soziales
20/SVV /0037	8. Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen	Finanzausschuss Klima, Umwelt und Mobilität Gesundheit und Soziales Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Werksausschuss KIS Ortsbeiräte

Drucksache	Titel	
20/SVV /0038	9. Feuerwerke einschränken oder verbieten	Finanzausschuss Hauptausschuss Ordnung und Sicherheit Klima, Umwelt und Mobilität
20/SVV /0039	10. Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere	Finanzausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität Ordnung und Sicherheit
20/SVV /0040	11. Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn	Finanzausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität
20/SVV /0041	12. Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern	Finanzausschuss Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion Jugendhilfeausschuss
20/SVV /0042	13. Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam	Finanzausschuss Hauptausschuss Bildung und Sport Jugendhilfeausschuss Gesundheit und Soziales (?)
20/SVV /0043	14. Walderhalt im Planungsverfahren „Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd“	Finanzausschuss Bildung und Sport Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität Jugendhilfeausschuss Werksausschuss KIS
20/SVV /0044	15. Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen	Finanzausschuss Hauptausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Kulturausschuss (?)
20/SVV /0045	16. Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten	Finanzausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität Ordnung und Sicherheit

Drucksache	Titel	
20/SVV /0046	17. Umgehungsstraße realisieren (Havelspange, 3. Havelübergang)	Finanzausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität Ordnung und Sicherheit Ortsbeiräte
20/SVV /0047	18. Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima	Finanzausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Klima, Umwelt und Mobilität Werksausschuss KIS Gesundheit und Soziales (?)
20/SVV /0048	19. Müllvermeidung vor Müllentsorgung: Pfandbechersystem etablieren	Finanzausschuss Hauptausschuss Ordnung und Sicherheit
20/SVV /0049	20. Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als „Herzbad im Volkspark“	Finanzausschuss Hauptausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des öffentlichen Raumes Bildung und Sport Gesundheit und Soziales Jugendhilfeausschuss Ortsbeiräte

**Tagesordnungspunkte der 7. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung,
die zurückgezogen oder durch Verwaltungshandeln erledigt sind:**

- | | | |
|------|---|--|
| 7.5 | Anwendung des § 31 (2) des Baugesetzbuches zur Ermöglichung des zeitnahen Trafohaus-Umbaus in der Waldsiedlung Groß Glienicke
19/SVV/1032 | Ortsbeirat Groß Glienicke

zurückstellen – fehlt Votum
SBWL |
| 7.12 | Einführung eines Diversity- und Inklusionsmanagements in städtischen Betrieben
19/SVV/1260 | Fraktion DIE aNDERE

Zurückgezogen |
| 7.13 | Steuerbefreiung von Jagdgebrauchshunden
19/SVV/1267 | Fraktion CDU
zurückstellen – fehlt Votum
FA |
| 7.20 | Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland
19/SVV/1302 | Fraktion DIE LINKE

zurückstellen – fehlt Votum
SBWL |
| 7.21 | Parkraumsituation im Zentrum Ost entlasten
19/SVV/1305 | Fraktion DIE LINKE
Zurückgezogen |
| 7.22 | Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung
19/SVV/1306 | Fraktion der Freien Demokraten

zurückstellen – fehlt Votum
SBWL |

**KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 7. öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2020**

8 Anträge

- 8.4 Satzung über die Erhebung von Gebühren im Öffentlichen Gesundheitsdienst der Landeshauptstadt Potsdam (ÖGD Satzung)
19/SVV/1323 Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
Konsensliste: überweisen in GSWI
- 8.5 Selbstbindungsbeschluss Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Soziale Stadt "Schlaatz_2030: Part 1: 2020-2025"
19/SVV/1355 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen in GSWI, SBWL, PTD
- 8.7 1. Änderung der Entgeltordnung Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte
19/SVV/1392 Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
Konsensliste: überweisen in KA, FA
- 8.9 Bebauungsplan Nr. 164 "Sportanlagen Kuhfordamm" (OT Golm)
19/SVV/1394 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen in SBWL, B/Sp, OBR Golm
- 8.13 Errichtung einer Sporthalle in Neu Fahrland
19/SVV/1414 Fraktion Bürgerbündnis
Konsensliste: überweisen in B/Sp, WA KIS, OBR Neu Fahrland
- 8.22 Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 - 2023
20/SVV/0060 Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
Konsensliste: überweisen in KUM
- 8.23 Bebauungsplan Nr. 119 "Medienstadt", Abwägungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) Abwägung und Feststellungsbeschluss
20/SVV/0061 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen in SBWL, KUM

8.24	Neufassung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Landeshauptstadt Potsdam 20/SVV/0062	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport Konsensliste: überweisen in B/Sp
8.25	Anstrich öffentlicher Gebäude mit photokatalytisch aktiver Wandfarbe zur Verbesserung der Luftqualität 20/SVV/0079	Fraktion der Freien Demokraten Konsensliste: überweisen in KUM, WA KIS
8.30	Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung 20/SVV/0022	Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen Konsensliste: überweisen in SBWL
8.32	Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im Babelsberger Park 20/SVV/0080	Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport Konsensliste: überweisen in HA, B/Sp, FA
8.33	Fortschreibung der "Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam" (Potsdamer Baulandmodell 2019) 20/SVV/0081	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Konsensliste: überweisen in GSWI, SBWL
8.35	Verbesserung des aktuellen Zustands der Radwege im Park Babelsberg 20/SVV/0089	Fraktion der Freien Demokraten Konsensliste: überweisen in KUM
12	Mitteilungsvorlagen	
12.1.1	Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS 16/SVV/0319 "CO2 neutrale Druckerzeugnisse" 20/SVV/0132	Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement Konsensliste: überweisen in KUM
12.4.1	1. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit 20/SVV/0133	Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters Konsensliste: überweisen in HA, alle OBR
12.5.1	Wassersport Krampnitzsee 19/SVV/1397	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport Konsensliste: überweisen in B/Sp, OBR Fahrland
12.8.1	Defibrillatoren und Ersthilfekurse in öffentlichen	Oberbürgermeister, Fachbereich

	Einrichtungen 20/SVV/0134	Personal und Organisation Konsensliste: überweisen in GSWI
12.9.1	Verlängerung der Buslinie 609 zum Bahnhof Priort 20/SVV/0130	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung Konsensliste: überweisen in KUM, OBR Fahrland
12.10.1	Landeshauptstadt Potsdam als Betreiberin von Kindertagesbetreuungsstandorten ab dem Kita- Jahr 2020/21 20/SVV/0063	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport Konsensliste: überweisen in B/Sp, JHA
12.11.1	Erster Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz 20/SVV/0122	Oberbürgermeister, Planungsbüro Konsensliste: überweisen in HA
12.12.1	Öffnung von Busstreifen für Taxis 20/SVV/0128	Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen Konsensliste: überweisen in KUM